

## **5404 Mittelstandsinitiative**

Herr Präsident, Herr Regierungsrat

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen

Ziel der vorliegenden Mittelstandsinitiative wie auch des in der WAK erarbeiteten Gegenvorschlages ist – und da kann die Vertretung des Initiativekomitees noch so häufig das Wort «Mittelstand» in den Mund nehmen – Ziel der vorliegenden Initiative und des Gegenvorschlages ist die Abschaffung der obersten Progressionsstufe im Zürcher Steuergesetz, die Abschaffung des sogenannten «Dreizehners».

Nun, die Abschaffung des «Dreizehners» ist bekanntlich keine neue Frage, sie gehört gewissermassen zu den Evergreens von FDP und SVP. In den letzten 20 Jahren haben sie sich immer wieder darum bemüht, dieses Ziel zu erreichen. Und sie sind bislang damit immer gescheitert: Dreimal im Kantonsrat, zuletzt 2014 mit einer PI von Hanspeter Portmann; einmal an der Urne, im Rahmen des unglückseligen «Steuerpakets 2011» von Ursula Gut. Nun also folgt der fünfte Anlauf.

Es wird sie nicht überraschen, dass die Sozialdemokratische Fraktion auch diesmal diesem Ansinnen nicht zustimmen wird. Wir halten die Forderung nach Abschaffung des Dreizehners erstens für unnötig, zweitens für ungerecht, drittens für finanzpolitisch unsinnig und in diesem Fall, viertens, für ein Beispiel dafür, wie man das Vertrauen in die Politik beschädigt.

Weshalb ist die Abschaffung des Dreizehners unnötig? Es ist unnötig, weil der Dreizehner für den Kanton Zürich kein Standortnachteil darstellt. Im Kanton Zürich wohnen immer noch mehr Einkommensmillionäre als in jedem anderen Kanton. Gut, kann man jetzt sagen, er ist auch der bevölkerungsreichste Kanton der Schweiz. Das stimmt, ja, und dennoch: Wenn der 13er wirklich ein solch grosser Standortnachteil wäre wie behauptet, wenn die Einkommensmillionäre wirklich – wie Sie das auf bürgerlicher Seite behaupten – einzig und allein auf die Steuerrechnung schauen würden, dann müsste der Kanton Zürich ja bezüglich Einkommens-Millionäre inzwischen völlig entvölkert sein. Ist er aber nicht. Etwas überspitzt könnte man deshalb feststellen: Die Bürgerlichen haben von den Reichsten in unserem Kanton eine viel schlechtere Meinung, als diese es verdienen. Sie sind eben doch nicht die kalten, gefühllosen Homines economici, wie Sie es ihnen unterstellen.

Und weshalb trotz des «Dreizehners» viele hohe und höchste Einkommen im Kanton Zürich bleiben, ist auch klar, denn die Frage, wie wichtig das Kriterium der Steuerbelastung für die Standort- oder Wohnsitzwahl ist, wurde schon von Dutzenden und Aber-Dutzenden Studien untersucht. Der Befund all dieser Untersuchungen ist einhellig und eindeutig, weshalb es reicht, an dieser Stelle nur aus einer dieser Studien zu zitieren: Zitat

«Abschliessend sei darauf hingewiesen, dass die Diskussion um die Wettbewerbsfähigkeit einer Region und ihrer Attraktivität als

Wohnstandort nicht auf die Steuerbelastung allein eingeeengt werden kann. Viele weitere Faktoren spielen dabei eine Rolle, häufig eine wesentlich wichtigere als die Steuerbelastung. Die Lebensqualität in einer Region, die Lebenshaltungskosten insbesondere für Wohnen und die Verfügbarkeit von gut bezahlten und attraktiven Arbeitsplätzen sind hier sicher wichtige Beispiele. Engt man die Diskussion ein und konzentriert sich rein auf die Wettbewerbsfähigkeit durch eine tiefe Steuerbelastung, besteht die Gefahr, trotz tiefer Steuerbelastung auf Grund anderer Faktoren an Attraktivität zu verlieren. Gerade der Kanton Zürich mit seiner hervorragenden Positionierung bei vielen dieser Faktoren sollte und muss sich nicht auf die Steuerbelastung allein verlassen.» – Zitat Ende.

Besser, meine Damen und Herren, besser kann man es eigentlich nicht sagen. Und die hier zitierte Studie wurde nicht etwa von einem linken Think-Tank oder einer uns nahestehenden Institution erstellt. Es handelt sich um ein Zitat aus dem im Auftrag der Finanzdirektion erstellten alljährlichen Steuerbelastungsmonitor, den Sie auf der anderen Ratsseite ja so ungemein wertvoll finden. Dann nehmen Sie ihn doch bitte auch mit diesem Befund ernst!

Weshalb ist die Abschaffung des Dreizehners ungerecht? Es ist ungerecht, weil damit einmal mehr jene Gruppe Steuerzahlender profitiert, die schon in den letzten 15 Jahren am stärksten von allen beschlossenen Steuerentlastungen profitiert hat. Seit 1997 hat dieser Rat die Steuern im Umfang von jährlich 1,25 Milliarden Franken gesenkt. Die grössten Brocken davon – zu denken ist

etwa an die Erbschafts- und Schenkungssteuer – kamen den hohen Einkommen und den grossen Vermögen zugute. Und dort, wo von solchen Steuersenkungen auf dem Papier alle Steuerzahlende profitierten – zu denken ist etwa an Steuerfussenkungen – haben in der Realität aufgrund der Progression ebenfalls wiederum die gleichen Kreise überproportional profitiert.

Und nun sollen wir also auf diese mehr als eine 1 Milliarden nochmals 350 Millionen jährlich beim Kanton draufpacken? Und mindestens nochmals soviel bei den Gemeinden? Nochmals für die gleiche wohlhabende Klientel?

Nein, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wir sagen: Die Abschaffung des Dreizehners tritt das Steuergerechtigkeits-Empfinden der Menschen mit Füssen. Genug ist genug!

Weshalb ist die Abschaffung des Dreizehners finanzpolitisch unsinnig? Es ist finanzpolitisch unsinnig, weil die Abschaffung, wie schon erwähnt, Steuerausfälle von 350 Millionen alleine beim Kanton und mindestens nochmals sovielen Millionen Franken bei den Gemeinden bewirkt. Nicht nur einmal, sondern Jahr für Jahr. Zusammen also mindestens 700 Millionen Franken jährlich.

Ich meine, bei einem solch fetten Einnahmenausfall, müssen wir nicht darüber streiten, ob die Wolken am Finanzhimmel bei den Kantonen und Gemeinden nun aktuell rosig oder schwarz seien:

Ein solch massiver Steuerausfall können sich die öffentlichen Hände schlicht und einfach nicht leisten.

Es ist deshalb völlig unstrittig, was die Folge sein wird: Entweder müssen Leistungen, die die öffentliche Hand für ihre Bürgerinnen und Bürger erbringt, abgebaut werden, oder es müssen zur Finanzierung andere Quellen herangezogen werden, sei es über Gebührenerhöhungen oder höhere Steuern für alle. Welcher Fall auch immer eintritt, das Ergebnis wird dasselbe sein: Der kleine Mann und die kleine Frau wird die Rechnung für dieses Steuergeschenk für die höchsten Einkommen zahlen müssen.

Die Prognose an dieser Stelle ist nicht gewagt: In nicht wenigen Gemeinden würde es bei einem Wegfall des Dreizehners zu Steuererhöhungen kommen.

Und schliesslich: Weshalb beschädigt die Mittelstandsinitiative das Vertrauen in die Politik? Weil sie das Paradebeispiel dafür ist, wie man das Stimmvolk für dumm zu verkaufen versucht. Man schraubt etwas am Steuertarif auch bei den unteren und mittleren Einkommen, schreibt gross Mittelstands-Initiative darüber und verschleiert damit, um was es wirklich geht: Eben um eine kräftige Steuerentlastung für die allerhöchsten Einkommen. Die Jungfreisinnigen haben ja, bei der kürzlichen Abstimmung über STAF-Vorlage gegen den Kuhhandel getrommelt. Ich muss Ihnen sagen, Herr Eugster, angesichts der Nebelpetarden-Politik, die sie hier mit dieser Initiative betreiben,

ist es doch ziemlich dreist, sich andernorts als politische Hygiene-Polizei aufzuspielen.

Und dass es eben nicht um den Mittelstand geht, sondern um die Abschaffung des 13ers – diese Maske hat dann die FDP in der WAK fallen lassen, mit dem Vorschlag für einen Gegenvorschlag. Dieser führt, zugegeben, zu etwas weniger hohen Steuerausfällen. Das wird aber dadurch erreicht, dass eben die «Zückerli» für die unteren und mittleren Einkommen reduziert wurden, die Abschaffung des 13ers wurde aber natürlich beibehalten. Damit führt der Gegenvorschlag zwar zu weniger Steuerausfällen, ist aber dafür noch asozialer als die Initiative.

Zum Schluss, geschätzte Kolleginnen und Kollegen: So wie es aussieht, wird der heutige Tag das Aus für den Gegenvorschlag bedeuten und auch die Volksinitiative wird mit einer doppelten Nein-Abstimmungsempfehlung von Regierungsrat und Kantonsrat an die Urne gehen. Das ist gut so.

Ich gehöre bekanntlich nicht zu jenen, die einen Abstimmungskampf des Kampfes wegen suchen. Aber ich sage ihnen offen und ehrlich: Auf diesen Abstimmungskampf freue ich mich. Wir können gerne einmal mehr eine Diskussion zum Thema Steuergerechtigkeit führen. – Wir können einmal mehr darüber diskutieren, wer in diesem Kanton Politik für den kleinen Mann und die kleine Frau macht. – Und wer zwar allenfalls vom Mehr im Portmonnaie des kleinen Mann und der kleinen Frau spricht, und davon, dass dem Schatz mehr zum Leben bleiben soll, dann

aber klammheimlich schmamlose Klientelpolitik für die höchsten Einkommen und grossen Vermögen macht, auf dem Rücken des kleinen Mannes, auf dem Rücken der kleinen Frau. – Bitte sehr: Diesen Steilpass nehmen wir sehr gerne auf.

Wie gesagt, geschätzte Kolleginnen und Kollegen: Die sozialdemokratische Fraktion lehnt sowohl Initiative als auch Gegenvorschlag ab.

Ich danke Ihnen!